

# MDL-NEWSLETTER

2/2026

**BERND KRÜCKEL MDL**  
Heinsberg, Geilenkirchen,  
Übach-Palenberg, Gangelt,  
Selfkant, Waldfeucht

**THOMAS SCHNELLE MDL**  
Erkelenz, Hückelhoven,  
Wassenberg und Wegberg



Thomas Schnelle und Bernd Krückel  
treffen den neuen Regierungspräsidenten  
Gregor Lange im Landtag

# ZUM TITEL

## Neuer Regierungspräsident, bewährte Gespräche

*Thomas Schnelle und Bernd Krückel treffen den neuen Regierungspräsidenten Lange im Landtag.*

**A**m Rande der jüngsten Plenarsitzungen nutzten Thomas Schnelle und ich die Gelegenheit, den neuen Regierungspräsidenten der Bezirksregierung Köln, Herrn Gregor Lange, persönlich zu begrüßen. Lange trat sein Amt Anfang März als Nachfolger von Dr. Thomas Wilk an, der auf eigenen Wunsch das Amt niedergelegt hat.

Gregor Lange bringt eine breite Verwaltungsbiografie mit. Der Dortmunder Jurist durchlief im Laufe seiner Karriere zentrale Stationen bei den Bezirksregierungen Arnsberg, Düsseldorf und Münster, im Innenministerium sowie in

der Landtagsverwaltung. Zuletzt leitete er über ein Jahrzehnt das Polizeipräsidium Dortmund. Innenminister Herbert Reul führte ihn Ende Februar feierlich in sein neues Amt ein und unterstrich dabei die Verantwortung, die der Bezirksregierung für den gesamten Regierungsbezirk zukommt.

Ausdrücklich zu begrüßen ist, dass Herr Lange auch die von Herrn Dr. Wilk gepflegte Praxis regelmäßiger Gesprächsrunden mit den Abgeordneten aus dem Bezirk fortsetzt. Für uns ist ein verlässlicher und direkter Austausch

mit der Bezirksregierung von erheblichem Wert.

Das erste Gespräch verlief konstruktiv und sachlich. Wir konnten eine Reihe von Themen unmittelbar ansprechen und an die Gespräche mit seinem Vorgänger anknüpfen.

Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit und sind zuversichtlich, dass die gute Gesprächsbasis für den Kreis Heinsberg Früchte tragen wird. ■



**Bernd Krückel MdL**

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
T: 0211 884 27 64  
F: 0211 884 33 19

E: [bernd.krueckel@landtag.nrw.de](mailto:bernd.krueckel@landtag.nrw.de)  
W: [bernd-krueckel.nrw](http://bernd-krueckel.nrw)



**Thomas Schnelle MdL**

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
T: 0211 884 27 80  
F: 0211 884 33 20

E: [thomas.schnelle@landtag.nrw.de](mailto:thomas.schnelle@landtag.nrw.de)  
W: [thomas-schnelle.nrw](http://thomas-schnelle.nrw)

### Impressum

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen der 47. Ausgabe unseres Newsletters. Sie können diesen Newsletter direkt per E-Mail abonnieren. Gehen Sie dazu auf [www.thomas-schnelle.nrw](http://www.thomas-schnelle.nrw) unter > Service > Newsletter. Dort geben Sie eine gültige E-Mailadresse und den angezeigten Code gegen Spam ein und bestätigen einmalig das Abo in der erhaltenen E-Mail. Ab sofort erhalten Sie den jeweils aktuellen Newsletter automatisch nach Erscheinen zugemailt.

# GESETZESNOVELLE

## NRW stärkt Katastrophenschutz BHKG-Novelle eingebracht

**D**ie Flutkatastrophe vom Juli 2021 hat tiefe Spuren hinterlassen. 49 Menschen verloren allein in Nordrhein-Westfalen ihr Leben, 180 Städte und Gemeinden waren betroffen, der Sachschaden belief sich auf mindestens 13 Milliarden Euro. Für mich war es auch eine persönliche Zäsur. Ich habe damals selbst im Heinsberger Ortsteil Ophoven Sandsäcke geschleppt.

In der vergangenen Plenarwoche hat die Landesregierung dem Landtag die Novelle des Gesetzes über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz zur ersten Lesung vorgelegt, kurz BHKG. Im Plenum habe ich dazu gesprochen. Es ist die erste tiefgreifende Änderung des Gesetzes seit seinem Inkrafttreten 2016.

In meiner Rede habe ich meine persönliche Erfahrung zum Ausgangspunkt gemacht: *„Damals habe ich mir gedacht, so etwas darf nie wieder passieren. Aber wir alle wissen, so etwas kann wieder passieren oder Katastrophen anderer Art können uns heimsuchen. Darauf müssen wir vorbereitet sein und wir müssen hierfür immer wieder unsere Grundlagen des Brand- und Katastrophenschutzes auf den Prüfstand stellen.“*

Genau das tut diese Novelle. Die Reform zieht die Lehren aus 2021 konsequent: Damals fehlten klare Zuständigkeiten, ein abgestimmtes Warnsystem und eine zentrale Koordinierungsstelle des Landes.

Eine gesetzlich verankerte Landesstelle mit 40 ständig abrufbereiten Fachkräften im Innenministerium, ein dauerhaftes Zentrallager mit Material für den Ernstfall, verpflichtende Katastrophenschutzbedarfspläne für Kreise und kreisfreie Städte sowie ein abgestimmtes Warnsystem auf allen Ebenen schließen diese Lücken künftig.

Neu ist auch ein Voralarm-Mechanismus, der frühes Handeln ermöglicht, bevor formal eine Katastrophe festgestellt ist. Bürgermeister und Landräte müssen sich künftig innerhalb ihres ersten Amtsjahres im Katastrophenschutz fortbilden.

Der Gesetzentwurf wird nun in den parlamentarischen Beratungen weitergeführt. Ich werde mich dabei dafür einsetzen, dass die Interessen unserer Region angemessen berücksichtigt werden. ■



Thomas Schnelle brachte in seiner Rede die persönliche Erfahrung ein.

# MEDIENKOMPETENZ

## Kinder schützen, Teilhabe sichern

*NRW handelt bei sozialen Medien*

**M**ehr als ein Viertel der Kinder und Jugendlichen in Deutschland nutzt soziale Netzwerke in riskantem oder gar krankhaftem Ausmaß. Fast fünf Prozent gelten als abhängig. Die durchschnittliche tägliche Nutzungsdauer liegt unter der Woche bei über zweieinhalb Stunden. Diese Zahlen aus der aktuellen DAK-Suchtstudie sind alarmierend und machen deutlich: Die bisherigen Regelungen reichen nicht aus!

In der vergangenen Plenarwoche haben die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen einen gemeinsamen Antrag in den Landtag eingebracht, der einen

klaren politischen Rahmen für den Schutz von Kindern und Jugendlichen im digitalen Raum fordert. Das Grundprinzip ist einfach: Wer digitale Produkte entwickelt und daran verdient, muss sie sicher und altersgerecht gestalten. Verantwortung muss dort gelten, wo sie entsteht.

Der Antrag sieht eine dreistufige Regelung vor. Unter 14 Jahren soll der Zugang zu sozialen Medien grundsätzlich unterbunden werden, verbunden mit der Entwicklung kindgerechter Alternativen. Zwischen 14 und 16 Jahren soll ein altersgerechter Sicherheitsmodus gelten, der sucht- und nutzungsverstärkende Mechanismen

wie Endlos-Scrolling, automatisches Abspielen oder digitale Belohnungssysteme ausschließt. Ab 16 Jahren ist die reguläre Plattformnutzung möglich. Die Plattformbetreiber werden verpflichtet, eine technisch belastbare und datensparsame Altersverifikation umzusetzen. Verstöße sollen mit empfindlichen Bußgeldern sanktioniert werden können.

Schutz allein reicht jedoch nicht. Medienkompetenz ist eine zentrale Zukunftskompetenz. NRW ist hier mit Programmen wie den Medienscouts oder dem Medienkompetenzrahmen bereits gut aufgestellt. Diese gilt es weiter auszubauen. ■

## ABC-Klassen Antrag eingebracht

**F**ast jedes dritte Kind in Nordrhein-Westfalen verfügt bei der Einschulung nicht über ausreichende Deutschkenntnisse, um aktiv am Unterricht teilnehmen zu können. Diese Zahl ist alarmierend, denn wer den sprachlichen Anschluss von Beginn an verpasst, trägt diesen Rückstand oft durch die gesamte Schullaufbahn mit. Die Landesregierung hat darauf reagiert und den Gesetzentwurf zur Einführung der sogenannten ABC-Klassen in den Landtag eingebracht.

Ab dem Schuljahr 2028/29 wird eine verbindliche vorschulische Sprachförderung für Kinder eingeführt, die nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Die Schulanmeldung wird dazu vom Herbst auf das Frühjahr vorgezogen. Im Frühjahr 2028 werden erstmals landesweit alle Kinder nach einem einheitlichen Verfahren auf ihre Sprachkompetenz getestet. Kinder mit Förderbedarf besuchen dann im Jahr vor der Einschulung zweimal wöchentlich eine ABC-Klasse, die von Grund-

schullehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften geleitet wird. Das Konzept ist keine Konkurrenz zur Kita, sondern eine gezielte Ergänzung, die dort ansetzt, wo die bisherige Förderung an Grenzen stößt.

Ein wichtiger Grundsatz des Gesetzentwurfs: Das Land übernimmt die anfallenden Kosten vollständig, für Lehrerstellen, Räume, digitale Ausstattung und Schülerbeförderung. Kommunen und Schulträger werden nicht alleingelassen. Frühe Investitionen in Sprachkompetenz sind wirksamer und letztlich günstiger als spätere Nachsteuerung. Chancengerechtigkeit beginnt nicht in der ersten Klasse. Sie beginnt bereits davor. ■

# DEMOKRATIE ERLEBEN

## Erkelenzer Jugendliche zu Besuch im Landtag

Letzte Woche hatte ich einen Besuch, der mir besonders viel Freude gemacht hat. Dreizehn Jugendliche der Realschule, der Hauptschule und des Cusanus-Gymnasiums Erkelenz sind im Rahmen des kommunalpolitischen Praktikums der Stadt nach Düsseldorf gekommen. Gemeinsam mit Bürgermeister Stephan Muckel haben wir eine Stunde über Landtagsarbeit, kommunale Politik und aktuelle Themen diskutiert.

Junge Menschen für Kommunalpolitik zu begeistern, ist keine leichte Aufgabe. Gerade auf lokaler Ebene fällt es schwer, das Interesse von Jugendlichen zu wecken, obwohl hier viele Entscheidungen fallen, die ihr unmittelbares Leben betreffen.

Das kommunalpolitische Praktikum der Stadt Erkelenz ist genau deshalb ein Erfolgsmodell. Die Jugendpflege der Stadt begleitet das Programm, bei dem Schülerinnen und Schüler über mehrere Wochen Fraktionen besuchen, Ausschusssitzungen erleben und politische Abläufe von innen kennenlernen.

Bereits in der zweiten Runde gewinnt das Programm mehr Teilnehmende als im Vorjahr. Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis guter Arbeit vor Ort.

Die Fragen der Gruppe waren durchdacht und direkt. Wer ein-



mal erlebt hat, wie Entscheidungen in einem Stadtrat oder einem Landtagsausschuss zustande kommen, sieht Politik mit anderen

Augen. Solche Erfahrungen prägen. Demokratie lebt davon, dass sie nachwächst, und Erkelenz zeigt, wie das gelingen kann. ■

# IRAN

# LAND

## Zeichen der Solidarität mit den Menschen im Iran

Seit dem 28. Februar 2026 führen die USA und Israel Krieg gegen den Iran. Ein UN-Mandat oder eine andere völkerrechtliche Grundlage für die Angriffe liegt nicht vor.

Bemerkenswert ist zudem: Bereits im Juni 2025 hatte Trump nach Luftangriffen auf iranische Atomanlagen erklärt, diese seien vollständig zerstört worden. Dennoch begann wenige Monate später ein neuer Krieg. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation sind bislang über 2300 Zivilisten ums Leben gekommen, allein im Iran mehr als 1400.

Die Straße von Hormus, über die ein erheblicher Teil des weltweiten Öls transportiert wird, ist inzwischen direkt vom Konflikt betroffen und bedroht damit die globale Wirtschaft, was auch wir in Deutschland zu spüren bekommen. Der Ajatollah Ali Chamenei wurde zwar bei den Angriffen getötet, allerdings wurde sein Sohn bereits zu seinem Nachfolger gewählt. Die Macht des Regimes ist ungebrochen.

Gleichzeitig geht das Regime weiter brutal gegen die eigene Bevölkerung vor. Bereits im Januar hatte es Massenproteste mit Gewalt niedergeschlagen und Tausende verhaftet oder getötet. Menschen demonstrieren dennoch weiter für Demokratie, Frauenrechte und Selbstbestimmung.

Vor diesem Hintergrund hat der nordrhein-westfälische Landtag in der vergangenen Plenarwoche ein klares Signal gesetzt. Die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben gemeinsam einen Antrag verabschiedet, der die Solidarität unseres Landes mit der iranischen Zivilgesellschaft und den Menschen aus dem Iran in NRW bekräftigt.

Der Antrag macht deutlich: Wer vor diesem Krieg flieht, braucht

Schutz. Die Fraktionen unterstützen den Abschiebestopp für Iranerinnen und Iraner und setzen sich für eine bundesweit einheitliche Regelung ein. Alle Konfliktparteien werden aufgerufen, Zivilistinnen und Zivilisten zu schützen.

Wir haben diesem Antrag zugestimmt. Nordrhein-Westfalen steht an der Seite derer, die für Menschenwürde und Demokratie eintreten, im Iran und hier bei uns. ■



# NRW BLUTSPENDEDIENST

## 75 Jahre Rotkreuz-Blutspende – ein Jubiläum im Landtag

Vergangene Woche nahm ich am Parlamentarischen Abend zum 75. Jubiläum der Rotkreuz-Blutspende in Nordrhein-Westfalen teil, zu dem Landtagspräsident André Kuper und die beiden DRK-Landesverbände eingeladen hatten.

Täglich werden in Deutschland rund 15.000 Blutspenden benötigt. Blutkonserven sind nur begrenzt haltbar, der Vorrat reicht in der Regel nur für wenige Tage. Die Versorgung der Krankenhäuser hängt damit unmittelbar und täglich vom freiwilligen Engagement der Spenderinnen und Spender

ab. Dass der DRK-Blutspendedienst West, der die Kliniken in NRW versorgt, im vergangenen Jahr erstmals seit Langem keinen öffentlichen Engpass-Aufruf starten musste, ist keine Selbstverständlichkeit. Es ist das Ergebnis von 75 Jahren kontinuierlicher Aufbauarbeit und eines breiten gesellschaftlichen Bewusstseins für die Bedeutung der Blutspende.

Das DRK macht es einem dabei leicht: Einmal im Jahr steht ein mobiles Blutspendeteam direkt vor dem Landtag in Düsseldorf, wo ich die Gelegenheit selbst nutze, daneben nutze ich die regelmäßi-

gen Termine im Kreis Heinsberg. Diese gibt es flächendeckend in der ganzen Region.

Der Abend im Landtag war auch Gelegenheit, den Blick nach vorn zu richten. Eine stabile Versorgung mit Blutpräparaten ist nicht nur eine medizinische, sondern auch eine gesellschaftspolitische Aufgabe. Sie hängt daran, dass ausreichend Menschen bereit sind, regelmäßig zu spenden, und die Rahmenbedingungen dafür stimmen. 75 Jahre Rotkreuz-Blutspende in NRW sind ein Grund zur Anerkennung. ■



# RHEINISCHES REVIER

## Aus dem Tagebau wird ein Seenland

Am Rand des Tagebaus Hambach fiel in der vergangenen Woche ein Spatenstich, der weit in die Zukunft weist. Ich war gemeinsam mit dem Erkelenzer Bürgermeister Stephan Muckel und meinem Praktikanten Christian vor Ort, als RWE zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern der Region den Bau der Rheinwassertransportleitung offiziell begann. Die rund 45 Kilometer lange Pipeline wird künftig Rheinwasser in die ehemaligen Tagebaue Hambach und Garzweiler leiten und damit eine der größten Landschaftstransformationen Europas einleiten.

Die Technik dahinter ist beeindruckend. Bei Dormagen wird ein Entnahmebauwerk am Rhein errich-

tet, das über 18 Pumpen bis zu 18 Kubikmeter Wasser pro Sekunde in Richtung Tagebau fördern kann. Die Entnahme folgt einem flexiblen, mit Behörden und Schifffahrt abgestimmten Mengenkonzzept: Bei Niedrigwasser wird die Entnahme gedrosselt, der Rheinpegel sinkt selbst im ungünstigsten Fall um maximal 2,4 Zentimeter.

Voruntersuchungen haben die gute Wasserqualität des Rheins für diesen Zweck ausdrücklich bestätigt. Die künftigen Seen werden als Badegewässer, Segelreviere und Erholungsgebiete nutzbar sein.

Ab 2030 beginnt die Befüllung des Hambacher Sees, ab 2036

folgt der Garzweiler See direkt vor unserer Haustür. Schon zehn Jahre nach Beginn der Flutung entsteht eine nutzbare Wasserfläche. Um 2070 sollen beide Seen vollständig gefüllt sein. Der Hambacher See wird dann vom Volumen her zu den größten Seen Deutschlands zählen. Zugleich stabilisiert das Rheinwasser langfristig den Grundwasserspiegel der Region, der durch den Bergbau jahrzehntelang künstlich abgesenkt war.

Für unseren Kreis Heinsberg ist das keine abstrakte Zukunftsvision. Die Tagebauanrainer werden künftig in Sichtweite eines der größten Gewässer Deutschlands liegen. Neuer Naturraum, Tourismus und wirtschaftliche Perspektiven für unsere gesamte Region. ■

